

Fachinformationen der Blätter der Wohlfahrtspflege

Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit – www.bdw.nomos.de

Monitoringbericht der Bahnhofsmision veröffentlicht

Die Bahnhofsmision hat erstmals eine deutschlandweite Befragung von rund 2.000 Gästen in 68 Standorten durchgeführt und soziodemographische Daten sowie Informationen zu den Lebenslagen und -welten der Nutzerinnen und Nutzer erhoben.

Im Rahmen des mehrstufigen, nach wissenschaftlichen Maßstäben durchgeführten »Monitorings« wurden nicht nur die Nutzerinnen und Nutzer an den Bahnhöfen und in den Bahnhofsvierteln befragt, vielmehr wurden die Ergebnisse auch von örtlichen und überörtlichen Teams bewertet und reflektiert. Ziel war es, die gewonnen Erkenntnisse bei der zukünftigen Gestaltung der Arbeit der Bahnhofsmisionen zu berücksichtigen.

Die Studie wurde durchgeführt vom sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der IN VIA Akademie Paderborn in Kooperation mit dem Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Paderborn. Sie ist realisiert worden mit Hilfe der Förderung durch die GlücksSpirale.

Die Studie steht zum kostenfreien Download bereit unter:
https://www.inviaakademie.de/fileadmin/user_upload/verlag/Abschlussberichte/Monitoring_fuer_die_Bahnhofsmisionen.pdf

Mehr Betreuungsplätze für Kleinkinder in NRW

Die 186 Jugendämter in NRW meldeten einen Zuwachs bei den Betreuungsplätzen: Rund 25.900 Betreuungsplätzen stehen im Kindergartenjahr 2018/2019 zur Verfügung als im laufenden Jahr.

Bei den Unterdreijährigen gibt es 11.849 zusätzliche Plätze und bei den Überdreijährigen kommen 14.043 Plätze hinzu.

»Ich freue mich über die Steigerung bei den Betreuungsplätzen. Dennoch ist uns bewusst, dass der Bedarf der Eltern nach einem Betreuungsplatz in Nordrhein-Westfalen größer ist als das

derzeitige Angebot«, sagte Familienminister Dr. Joachim Stamp. »Wir wollen die Betreuungsqualität und -quote weiter verbessern«, so der Minister. Die zusätzlichen Plätze wurden aufgrund der gestiegenen Inanspruchnahme geschaffen. Generell würden weitere Plätze nur dann geschaffen, wenn sich die Träger und Kommunen sicher sein könnten, die laufenden Betriebskosten stemmen zu können, sagte Stamp. Für den weiteren Ausbau stehen rund 264 Millionen Euro aus Bundes- und Landesmitteln bereit.
<https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/minister-stamp-erstmals-ueber-10000-kitas-mit-62331-betreuungsplaetzen-nordrhein>

DIW-Studie: Armut unterer Einkommensklassen steigt

Die verfügbaren Einkommen der Personen in privaten Haushalten sind in Deutschland zwischen 1991 bis 2015 für die meisten Einkommensklassen gestiegen. Die Einkommen bei den 20 Prozent der Personen der niedrigsten Einkommensklasse jedoch nicht.

Dies besagt die Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) auf Basis der letzten verfügbaren Daten der Längsschnittstudie Sozio-ökonomisches Panel (SOEP). Studienautor Markus Grabka erklärt, die Studie zeige, dass bei weitem nicht alle von der positiven Einkommensentwicklung, die in den letzten Jahren im Wesentlichen dank der boomenden Wirtschaft und dem Rückgang der Arbeitslosigkeit stattgefunden hat, profitierten. Gründe seien unter anderem die Ausweitung des Niedriglohnsektors und der wachsende Bevölkerungsanteil älterer Menschen, deren Alterseinkommen im Schnitt geringer als deren Erwerbseinkommen sind. Außerdem die Zuwanderung. Denn die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger hätten in der ersten Zeit nach ihrer Ankunft in der Regel niedrige Einkommen, erläutert Jan Goebel,

ebenfalls Autor der Studie. Der Paritätische Wohlfahrtsverband kritisiert die aktuellen Armutsquoten des DIW als »verteilungspolitisches Versagen«. Der Verband fordert konsequente armutspolitische Maßnahmen und eine offensive Sozial- und Integrationspolitik für alle.
https://www.diw.de/diel/diw_01.c.584771.de/themen_nachrichten/realeinkommen_sind_in_deutschland_zwischen_1991_und_2015_gestiegen_niedrige_einkommensklassen_haben_davon_aber_nicht_profitiert.html

Aktuelle Top-Ten Topics bei Betriebsvereinbarungen

Arbeitszeit, Datenschutz und Gesundheit sind derzeit die wichtigsten Themen in den Betriebsvereinbarungen zwischen Betriebsrat und Management. Dies ergab eine neue Auswertung der Hans-Böckler-Stiftung. Vor allem Vereinbarungen zum Schutz vor psychischen Belastungen nahmen in den letzten Jahren zu. Für die Studie wurden Daten der WSI-Betriebsrätebefragungen 2015 und 2017 und aus dem Archiv Betriebliche Vereinbarungen ausgewertet. Laut der Analyse geht es in den Betriebsvereinbarungen hauptsächlich um das Thema Arbeitszeit. Etwa 71 Prozent aller Betriebe mit Arbeitnehmervertretung haben ein gültiges Abkommen zu Arbeitszeitkonten. Außerdem kommen weitere Vereinbarungen zu flexiblen Arbeitszeitmodellen wie Gleitzeit, Vertrauensarbeitszeit oder Wochenendarbeit hinzu. Ebenfalls Priorität hat das Thema Datenschutz: rund 70 Prozent der Betriebe haben diesbezüglich Vereinbarungen abgeschlossen. Zur Gesundheitsförderung haben aktuell um die 55 Prozent der Unternehmen Regelungen vereinbart. Hier rücken vor allem die psychischen Belastungen stärker in den Vordergrund.
https://www.boeckler.de/113955_113960.htm
https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_pb_25_2018.pdf

Termine



Projektmanagement-Basiskurs für Mitarbeitende und Führungskräfte aus Verbänden, Vereinen und sozialen Projekten. 3./4. September in Berlin. <http://www.ash-berlin.eu/weiterbildung>

10. Bundeskonkress Soziale Arbeit: »Wert des Sozialen – Der Wert der Sozialen Arbeit«. 5.–7. September in Bielefeld. <http://www.buko-soziale-arbeit.de>

Jahrestagung des Verbands für sozial-kulturelle Arbeit: »Nachbarschaftsarbeit zwischen Tradition und Innovation«. 20./21. September in Köln. <http://www.vska.de>

Demografiekongress 2018 20./21. September 2018 in Berlin. <http://www.der-demografiekongress.de/>

EBET Kongress der Wohnungsnotfallhilfe 2018 24. bis 26. September 2018 in Köln. <http://www.ebet-ev.de/index.php/termin-leser/kongress-2018.html>

Fachtagung Sozialrecht: Das SGB II in der Praxis 27. bis 28. September in Berlin. <https://www.kbw.de/tagungen/fachtagung-sozialrecht-sgb-ii/2018>

7. Deutscher Sozialgerichtstag 27. bis 28. September in Potsdam. <http://www.sozialgerichtstag.de/>

Kompaktseminar »Fördermittel für gemeinnützige Organisationen. 11. Ok-

tober in Berlin. <http://www.foerderlotse.de>

5. Berufskongress für Soziale Arbeit des DBSH 18. bis 20. Oktober 2018 in Berlin- Spandau. <https://www.berufskongress-soziale-arbeit.de/startseite.html>

25. IAVE Welt-Freiwilligenkonferenz »Unsere Verantwortung für die Zukunft weltweit« 16. bis 20. Oktober 2018 in Augsburg. <http://www.augsburg.de/buergerservice-rathaus/nachhaltigkeit-engagement-integration/welt-freiwilligenkonferenz-2018/>

17. Europäischer Gesundheitskongress München 25. bis 26. Oktober 2018 in München. <https://www.gesundheitskongress.de>

Gewalt und Zwang im institutionellen Kontext 25. bis 26.10.2018 in Wiesbaden. <http://www.krimz.de>tagungen/fachtagung-2018/>

20. ConSozial – Messe für den deutschen Sozialmarkt 07. bis 08. November 2018 in Nürnberg. <http://consozial.de/>

DVfR Kongress 2018: Wege zur Teilhabe am Arbeitsleben - Herausforderung für Menschen, Systeme und Gesellschaft 06. bis 07.11.2018 in Berlin. <https://www.dvfr.de/>

Paritätischer Pflegekongress: Recht auf gute Pflege! Wege aus der Dauerkrise 14. bis 15.11. in Berlin. <https://www.der-paritaetische.de/service-navigation/suche/suchergebnis/save-the-date-paritaetischer-pflegekongress-14-und-15-november-2018-in-berlin/?cHash=4d4d9f48b77478e5c3af4c2df43587e2&L=0>

12. Jahrestagung für Kinderschutzfachkräfte 29.11.2018 in Dortmund. <https://www.isa-muenster.de/home/index.html>

Themenbereichen der Demokratieförderung und der Extremismusprävention. Für den Haushalt 2018 hat das BMFSFJ 115,5 Millionen Euro angemeldet. 2017 war das Bundesprogramm mit einem finanziellen Volumen von 104,5 Millionen Euro ausgestattet. <https://www.demokratie-leben.de/aktuelles/fuer-demokratie-gegen-extremismus-bundesprogramm-demokratie-leben-ist-entfristet.html>

Sofortprogramm Kranken- und Altenpflege

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat das neue Sofortprogramm in der Kranken- und Altenpflege in Berlin vorgestellt. In den Krankenhäusern solle jede zusätzliche Pflegekraft am Bett vollständig von den Kostenträgern refinanziert werden. In der Altenpflege würden 13.000 weitere Stellen geschaffen und die Ausbildung von Pflegekräften solle attraktiver gestaltet werden. Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) begrüßte die geplanten Maßnahmen als zukunftsweisend.

Die Personallücke für alle Bereiche, in denen professionelle Pflege erbracht wird, beläuft sich nach Angaben des DBfK auf mindestens 100.000 fehlende Vollzeitstellen.

Der Paritätische geht davon aus, dass es ohne Beitragserhöhungen oder zusätzliche Steuermittel nicht möglich sei die Krise in der Pflege zu bewältigen. Vor allem dürften die zusätzlichen Kosten nicht auf die Pflegebedürftigen, ihre Angehörigen und die Sozialhilfeträger abgewälzt werden. Daher fordert der Paritätische eine gesetzliche Regelung, wonach die Pflegeversicherung grundsätzlich mindestens 85 Prozent der Kosten übernimmt und der Eigenanteil der Pflegebedürftigen so auf 15 Prozent gedeckelt wird. <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/sofortprogramm-pflege.html>

Jeder dritte Bufdi bricht vorzeitig ab

Etwa jeder Dritte Bufdi (Freiwillige im Bundesfreiwilligendienst) bricht seinen Dienst vorzeitig ab. Dies sagt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion. So haben von den 307.372 Frauen und Männern, die zwischen Juli 2011 und März 2018 einen

Bundesprogramm »Demokratie leben« entfristet

Bundesfamilienministerin Franziska Giffey hat bekanntgegeben, dass das Bundesprogramm »Demokratie leben« entfristet wird. In Deutschland werden aktuell 265 Städte, Gemeinden und Landkreise bei der Entwicklung von Handlungskonzepten zur Förderung von Demokratie und Vielfalt unterstützt. Rund 3.600 Einzelmaßnahmen konnten 2017 umgesetzt werden. Hinzu

kommen die Landes-Demokratiezentrnen, die die Weiterentwicklung von Konzepten und Strategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt sowie die Vernetzung der lokalen Aktivitäten unterstützen. Des Weiteren werden nichtstaatliche Organisationen durch das Bundesprogramm bei ihrer Professionalisierung gefördert. Eine wichtige Rolle spielt auch die überregionale Förderung von aktuell über 260 Modellprojekten in unterschiedlichen

Bundesfreiwilligendienst begannen, 98.633 diesen frühzeitig beendet. Dies entspricht einer Quote von 32 Prozent. Dennoch ist in den vergangenen drei Jahren die Zahl der Freiwilligen nach Regierungsangaben gestiegen. So hätten im Jahr 2015 45.421 Bufdis ihren Dienst begonnen, 2016 47.714 und 2017 immerhin 48.368.

<http://www.bundestag.de>

Jürgen Dusel: Neuer Beauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderungen

Jürgen Dusel ist der neue Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen. Dusel hat bereits in Brandenburg Erfahrungen als Beauftragter der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen gesammelt.

Er freue sich sehr auf die neue Aufgabe, sagte Dusel bei seiner Einführung durch Minister Hubertus Heil. Er wolle insbesondere im Themenfeld Barrierefreiheit bundesweit weiter vorankommen. Das Bundeskabinett bestellt den Beauftragten jeweils für die Dauer einer Legislaturperiode und dieser hat nach § 18 BGG dafür Sorge zu tragen, dass die Verantwortung des Bundes, für gleichwertige Lebensbedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erfüllt wird.

Innerhalb der Bundesregierung nimmt der Beauftragte Einfluss auf politische Entscheidungen und begleitet aktiv die Gesetzgebung. Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe müssen die Bundesministerien den Beauftragten bei allen Gesetzes-, Verordnungs- und sonstigen wichtigen Vorhaben beteiligen, soweit sie Fragen der Integration von Menschen mit Behinderungen betreffen. Im Falle negativer Folgen des geltenden Rechts setzt er sich für Änderungen ein und wirkt bei neuen Vorhaben auf die Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen hin.

<http://www.bmas.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2018/dusel-neuer-behindertenbeauftragter.html>

Caritas Präsident Peter Neher gegen Ankerzentren

Der Präsident des Caritasverbandes, Peter Neher, spricht sich gegen die Einrichtung der sogenannten Anker-

zentren aus. Die Erfahrungen von Caritas-Mitarbeitenden in zahlreichen Aufnahmeeinrichtungen und Flüchtlingsunterkünften zeigten, dass eine längerfristige Unterbringung in Großunterkünften Rechtsverletzungen begünstige, hohes Konfliktpotenzial schaffe und die Integration behindere. Grund dafür seien vor allem die fehlenden Zukunftsperspektiven und die fehlenden Betätigungsmöglichkeiten. Auch seien die Privatsphäre und der Schutz von Familien und allein reisenden Frauen stark gefährdet.

Neher fordert daher die Etablierung verbindlicher Schutzkonzepte und eine damit einhergehende Schulung aller Mitarbeiterinnen in den betroffenen Einrichtungen. Da viele Einrichtungen weiter außerhalb der Stadtzentren lägen, könnten die Kinder und Jugendliche weder in den Kindergarten noch zur Schule gehen. So fehle ihnen die Möglichkeit sich altersgerecht zu entfalten. Für Neher sind die »massiven Einschränkungen« der Lebenssituation der Betroffenen nicht zu rechtfertigen.

<https://www.caritas.de/fuer/profil/presse/pressemeldungen/neher-wir-sehen-die-einrichtung-sogenann>

Neues Projekt: »Die Tafel macht Kultur«

Tafel Deutschland hat zusammen mit der Bildungsakademie der Tafel Deutschland gGmbH das Projekt »Tafel macht Kultur« initiiert und bringt so kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche an die Tafeln. Da rund ein Viertel der Tafel-Kundinnen und -Kunden Kinder und Jugendliche im Alter von drei bis 18 Jahren sind bietet das Projekt »Tafel macht Kultur« ihnen die Möglichkeit der kulturellen Teilhabe. Vor Ort findet entwickeln die Tafeln mit Unterstützung professioneller Künstlerinnen und Künstler oder einer pädagogischen Fachkraft ein kultурpädagogisches Angebot für Kinder und Jugendliche. In den nächsten fünf Jahren sollen bundesweit über 600 »Lokale Bündnisse für Bildung« durch die Tafeln ins Leben gerufen werden. Gefördert wird das Projekt durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit dem bundesweiten Förderprogramm »Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung«. Das Projektbüro »Tafel macht Kultur« unterstützt Sie bei der Projektentwicklung und An-

tragsstellung. Anträge können jeweils bis zum 30. April 2018, 01. Juni 2018 und 01. September 2018 gestellt werden.

<https://www.tafel.de/projekte/tafel-macht-kultur/>

Bessere Lernförderung durch Bildungs- und Teilhabepaket

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion angekündigt, künftig eine Lernförderung über Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes auch dann zuzulassen, wenn die Versetzung eines Kindes nicht unmittelbar gefährdet ist. Die Regierung verweist dabei auf den Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD, der verbesserte Leistungen für Bildung und Teilhabe vorsieht.

<http://www.bundestag.de>

15. startsocial-Wettbewerb

Bis zum 1. Juli 2018 können sich Organisationen, Projekte und Ideenträger für den 15. bundesweiten Wettbewerb für soziale Initiativen bewerben. Der Wettbewerb richtet sich an alle, die gemeinsam mit Ehrenamtlichen an der nachhaltigen Lösung eines sozialen Problems arbeiten. Die 100 überzeugendsten Initiativen werden mit viermonatigen Beratungsstipendien unterstützt. Sieben bekommen Geldpreise im Gesamtwert von 35.000 Euro. Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstützt den Wettbewerb seit 2005 als Schirmherrin mit einem Sonderpreis. startsocial dreht sich um: »Hilfe für Helfer«. Dazu gehört, dass individuell ausgewählte Fach- und Führungskräfte aus der Wirtschaft, dem öffentlichen Sektor und dem Non-Profit-Bereich die sozialen Initiativen als startsocial-Coaches bei der Verwirklichung oder Weiterentwicklung ihrer Projekte begleiten. Zusätzlich gibt es Netzwerkveranstaltungen, Weiterbildungsmöglichkeiten und kostenlose Angebote, auch über das Stipendium hinaus. Unabhängig von einer Nominierung für ein Stipendium bekommen alle, die eine Bewerbung einreichen, aussagekräftige Bewertungen zu ihrer Initiative von unabhängigen Jurorinnen und Juroren.

<https://www.demokratie-leben.de/aktuelles/ausschreibung-startsocial-vergibt-100-beratungsstipendien-fuer-soziale-initiativen.html>

Der Mindestlohn ist gut für die Gesamtwirtschaft

Der Mindestlohn sorgt für Konsum und hilft damit der Gesamtwirtschaft und den Geringverdienern. Außerdem wird so die Staatskasse aufgefüllt. Gibt der Staat das zusätzliche Geld auch zügig wieder aus, bleibt das auch so. Dies besagt eine neue Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung. Erstellt wurde die Studie im Auftrag der Mindestlohnkommission. Wirtschaftsexperten haben für eine Zeitspanne von zehn Jahren verschiedene Szenarien mit und ohne Mindestlohn durchgerechnet. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass das Bruttoinlandsprodukt mit Mindestlohn um 0,25 Prozent höher ausfällt. Grund dafür ist laut Studie, dass sich der Mindestlohn nicht nur für die Beschäftigten positiv auswirkt, sondern auch den Lohn der angrenzenden Gehaltsgruppen positiv beeinflusst und dafür sorge, dass die Beschäftigung relativ stabil bleibe.

Alexander Herzog-Stein u.a.: *Positive gesamtwirtschaftliche Effekte des gesetzlichen Mindestlohns – eine ökonometrische Untersuchung*, IMK-Report Nr. 141, Juli 2018.
Download: https://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_141_2018.pdf

Bundesregierung zieht sozialpolitische Bilanz

In dem von der Bundesregierung vorlegten Sozialbericht 2017 für die 18. Wahlperiode heißt es, dass seit Beginn der Legislaturperiode 2013 wichtige Neuerungen auf den Weg gebracht worden seien. Der mehr als 250 Seiten lange Bericht (18/13260) geht an den Bundestag. Er behandelt die Arbeitsmarkt-, die Renten- und die Gesundheitspolitik und bietet eine umfassende Gesamtschau der Reformen in sämtlichen Feldern mit sozialpolitischem Bezug. Mit dem Sozialbericht dokumentiert die Regierung Umfang und Bedeutung der sozialstaatlichen Leistungen.

<http://www.bmas.de/DE/Service/Medien/Publikationen/a-101-17-sozialbericht-2017.html>

Kennzahlen

27%

Der durchschnittliche Anteil am verfügbaren Haushaltsnettoeinkommen, den Menschen für Wohnkosten aufwenden mussten, lag 2016 bei durchschnittlich 27 %. bei armutsgefährdeten Personen sogar bei 51 %. (https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Wohnen/Aktuell_EU_SILC.html)

631.000

Die Zahl der Haushalte die Ende 2016 in Deutschland Wohngeld bezogen. (<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialleistungen/Wohngeld/Wohngeld.html#Tabellen>)

860.000

Zahl der Menschen die 2016 ohne Wohnung waren. (http://www.bagw.de/de/themen/zahl_der_wohnungslosen/index.html)

93%

Etwa 93 Prozent der Menschen, die 65 Jahre und älter sind, leben im »normalen« Wohnungsbestand. (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/189194/umfrage/verteilung-altersgerechter-wohnformen-in-deutschland/>)

403.519

Zahl der Menschen mit Behinderungen die beim Wohnen auf Leistungen der Eingliederungshilfe angewiesen sind. (<https://www.kvjs.de/fileadmin/dateien/soziales/egh/kennzahlenvergleich-bagues-2016.pdf>)

187.874

Zahl der Menschen mit Behinderung die in Deutschland 2016 ambulant betreut in einer eigenen Wohnung lebten. (<https://www.kvj.s.de/fileadmin/dateien/soziales/egh/kennzahlenvergleich-bagues-2016.pdf>)

53.300

Anzahl der Kinder oder Jugendliche in Deutschland, für die die Jugendämter im Jahr 2016 eine Erziehung in einem Heim oder in einer anderen betreuten Wohnform eingeleitet haben. (<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialleistungen/KinderJugendhilfe/KinderJugendhilfe.html>)